Thesenpapier

der Freien Projektgruppe zum

53. OPEN OHR FESTIVAL

14. – 17. Mai 2027
Zitadelle Mainz

Schöne heiße Welt

Sommer 2026: Wälder brennen in Süd- und Mitteleuropa, der Rhein führt so wenig Wasser, dass die Schifffahrt kaum noch durchkommt und die Hitzewelle Ende Juni erreicht Dimensionen, wie sie in Deutschland bislang nicht erlebt wurden. Alle haben die extreme Hitze gespürt, mindestens 16.000 Menschen sind an den Folgen gestorben. Doch über die Ursache wird kaum gesprochen: den Klimawandel. Wir reden vom „heißen Sommer“, als wäre er bloß Wetter und kein Warnsignal. Dabei ist Hitze eine direkte Folge der Erderwärmung. Je wärmer die Erde, desto häufiger und extremer werden die Hitzewellen. Der Sommer 2026 zeigt, was das bedeutet und vor allem, was uns in Zukunft erwartet.

Die Verantwortung für den Klimawandel tragen wir durch unser Leben und Wirtschaften auf der Erde. Emissionen, fossile Energien und der Raubbau an den endlichen Ressourcen haben den Menschen zum Verursacher der Krise gemacht. 2015 beschloss die Weltgemeinschaft im Pariser Abkommen, die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen. Im Oktober 2026 stellt das UN-Umweltprogramm fest, dass wir bei der aktuellen Klimapolitik auf 2,8 Grad zusteuern. Noch bedeutet das keine Kapitulation und die Erderwärmung kann, bei sofortigem Handeln, noch so gering und kurz wie möglich gehalten werden. Für uns ein Grund, das Thema wieder ins Bewusstsein zu rufen und die Politik aufzufordern, endlich etwas zu tun.

Die Rechnung zahlen wir...

Forschende warnen seit Jahrzehnten, doch in der Politik passiert zu wenig, und teils wird dem Klimaschutz aktiv entgegengearbeitet. Staaten, allen voran die USA, ziehen sich zurück, Russland erhofft sich sogar vom Auftauen des Nordpols zu profitieren, und auch die EU vergibt klimaschädliche Subventionen. Die Folgen tragen wir als Bewohner*innen dieses Planeten, auf dem Lebensräume und Arten verschwinden. Als Gesellschaft, die zunehmends unter Druck gerät. Als Individuen, die mit gesundheitlichen Belastungen umgehen müssen. Doch wo bleibt der Aufschrei? Warum reden wir kaum noch über das Klima, und warum nehmen wir die politisch Verantwortlichen so wenig in die Pflicht?

Jetzt zu handeln, sollte im Interesse aller liegen, denn nichts zu tun kostet uns langfristig weitaus mehr, als heute in schützende Maßnahmen zu investieren. Schätzungen zufolge könnten sich die wirtschaftlichen Verluste durch Hitzewellen in Deutschland zwischen 2026 und 2030 auf rund 118 Milliarden Euro summieren. Obwohl die globale Wirtschaft als Hauptursache des menschengemachten Klimawandels gilt, werden unter dem Vorwand des “Verlusts der Wettbewerbsfähigkeit” tiefergehende Klimaschutzmaßnahmen verhindert. Wie kann es sein, dass diejenigen, die jahrzehntelang von den Ursachen des Klimawandels profitiert haben, nun bei den Folgen aus der Verantwortung entlassen werden?

Die Ursachen zu bekämpfen, bleibt unverzichtbar. Doch selbst wenn wir den Klimaschutz jetzt konsequent angehen, sind die Folgen längst da und werden bleiben. Europa muss sich auf sich verändernde Lebensbedingungen einstellen. Der Hitzesommer 2026 hat gezeigt, wie schlecht Deutschland auf Hitzeperioden vorbereitet ist. Hitzeschutz ist keine Alternative zum Klimaschutz, sondern seine notwendige Ergänzung. Und genau hier zeigt sich, wie groß das Verantwortungsvakuum ist.

Hitzeschutz ist keine Privatsache

Nach rund 16.000 Hitzetoten im Jahr 2026 hat Deutschland noch immer keinen nationalen Hitzeschutzplan. Hitzeschutz ist Sache der Länder und Kommunen, verpflichtend ist er nicht und so wird Verantwortung gerne nach unten weitergereicht. Der Bund verweist auf die Länder, die Länder auf die Kommunen, die Kommunen auf ihre leeren Kassen – und am Ende auf das Individuum, das sich eben selbst schützen soll. Dabei ist Hitzeschutz keinesfalls ein individuelles Problem, sondern eine Gemeinschaftsaufgabe, und damit Verantwortung der Politik. Der Vorschlag, Klimaanpassung

und Hitzeschutz im Grundgesetz zu verankern, stößt bei der Union auf Ablehnung, ein entsprechender Antrag zur Grundgesetzänderung wird zurückgewiesen. Warum zieht die Politik keine Konsequenzen aus den Hitzerekorden? Hitzeschutz darf nicht mit Legislaturperioden enden und sollte daher im Grundgesetz verankert werden. Dass es auch anders geht, zeigt ein Blick nach Frankreich: Hier wurde bereits nach der Hitzewelle von 2003 ein nationaler Hitzeschutzplan aufgebaut, und auch in anderen europäischen Ländern gibt es umfassende und einheitliche Konzepte.

…und muss man sich leisten können

Hitze stellt in Deutschland und Europa eines der größten Risiken für unsere Gesundheit dar. Dabei trifft Hitze nicht alle gleich. Besonders gefährdet sind vulnerable Gruppen wie ältere Menschen, Kinder und Vorerkrankte. Wer Geld hat, schützt sich mit Klimaanlage, Garten oder Urlaub am Meer. Wer arm, wohnungslos, geflüchtet, beeinträchtigt oder psychisch erkrankt ist, sitzt in der aufgeheizten Wohnung. Wer in prekären Jobs im Freien arbeitet, steht in der Sonne. Auch viele Orte, die Abkühlung bieten, wie Freibad, Kino oder Museum, kosten Eintritt, und so gilt: Wer wenig hat, bleibt schutzlos. Hitze verschärft so die sozialen Ungleichheiten, sie verringert die Teilhabe und vergrößert die gesellschaftliche Spaltung. Und auch hier ist die Politik gefragt, denn Hitzeschutz ist ein Recht, kein Luxus, und als solches muss es auch umgesetzt werden!

Wo wir leben und was wir essen

Wie wird der urbane Raum langfristig hitzeresistent, und zwar für alle? Es braucht soziale Infrastruktur, bautechnische Maßnahmen und vorausschauende Stadtplanung, von Trinkbrunnen, Schatten und barrierefreien Hitzeschutzräumen bis hin zu gänzlich neuen Konzepten. Warum geht es so schleppend voran, und wie kann es anders gelingen? Wir brauchen verbindlichen Hitzeschutz bei Planung und Bau und ausreichende Finanzierung, auch hier in Mainz und Umgebung.

Immerhin, unsere Supermärkte sind klimatisiert. Aber wie kann es eigentlich sein, dass die Regale unverändert voll mit Obst und Gemüse sind? Hitze ist ein Treiber von Ernährungsunsicherheit, sie führt zu Ernteausfällen und ausgetrockneten Böden. Warum erschüttert uns das so wenig? Gleichzeitig ist der Agrarsektor durch seine Treibhausgasemissionen selbst ein Verursacher des Klimawandels, und damit auch gefordert, sich strukturell zu verändern. Landwirtschaft muss hitzeresistent und emissionsarm werden, doch ist das nachhaltig möglich, wenn umweltschädliche Subventionen weiterlaufen? Welche Betriebe verfügen über die Mittel und Möglichkeiten zur Umstellung?

Wo ein Wille ist…

Hitze, Dürre, Brände, steigende Meeresspiegel: Der Klimawandel erscheint in seiner ganzen Fülle so groß, dass er lähmt. Doch genau das darf nicht passieren. Denn es geht um unsere Zukunft, und vor allem um die der Kinder und Jugendlichen, die am wenigsten zur Krise beigetragen haben und am längsten mit ihr leben müssen. Wie können wir ihnen geben, worauf sie ein Recht haben: das Aufwachsen in einer sauberen, gesunden und nachhaltigen Umwelt. Diese Frage darf nicht ohne sie diskutiert werden. Die Spannungsfelder bei den konkreten Problemen sind groß – aber sie lassen sich politisch und strukturell lösen. Es fehlt nicht an Wissen, nicht an Geld und nicht an Verantwortlichen, sondern am politischen Willen. Den müssen wir einfordern! Deshalb widmet sich das OPEN OHR 2027 dem Thema Hitze. Wir kommen in den Austausch, diskutieren, stellen Forderungen an die Verantwortlichen. Mit jedem Podium, Workshop, Konzert, Film und Theaterstück stellen wir uns gemeinsam gegen das Gefühl, zu klein für ein so großes Problem zu sein. Jede Veranstaltung, in der wir darüber sprechen, ist ein Schritt gegen die Ohnmacht. Denn Europa brennt und es ist jetzt an der Zeit zu handeln!